

# Verhärtete Fronten im Steinbruchstreit

- Betreiberfirma NSN will Gespräch mit der Stadt Mühlacker suchen.
- Steinbruchgegner schlagen sich auf die Seite des Gemeinderats.

**MAXIMILIAN LUTZ**  
MÜHLACKER-ENZBERG

**A**uch rund eine Woche später sorgt die vergangene Gemeinderatssitzung in Mühlacker noch immer für erheblichen Gesprächsstoff. Nachdem in der Sitzung beschlossen wurde, dem Enzberger Steinbruchbetreiber NSN von städtischer Seite keine Flächen zu verkaufen, die für eine etwaige Erweiterung des Steinbruchbetriebs infrage kommen würden, hatte sich NSN-Geschäftsführer Hans Ulmer in einer Pressemitteilung an die Öffentlichkeit gewandt, auf die es nun erneute Reaktionen gibt.

Wie bereits berichtet, wirft NSN der Stadt vor, falsche Behauptungen aufgestellt zu haben. Somit könne von keiner korrekten Grundlage des Gemeinderatsbeschlusses gesprochen werden. NSN behält sich daher rechtliche Schritte gegenüber der Stadt vor.

## „Deutliches Zeichen“

Bei der Bürgerinitiative „Steinbrucherweiterung Enzberg? Nein Danke!“ kommt der einstimmig gefasste Beschluss hingegen erwartungsgemäß äußerst gut an, wie eine Pressemitteilung zeigt: „Dies ist ein deutliches Zeichen, dass eine nochmalige Erweiterung des Steinbruches in Enzberg nicht gewünscht wird“, sagt Dieter Kooß, Sprecher der Bürgerinitiative (BI). Nach der letzten Erweiterung des Steinbruchs über den Feldweg 54 hinaus sei den Bürgern versprochen worden, dass dies die finale Erweiterung sei. Nur unter dieser Prämisse hätten die Stadträte seinerzeit der Erwei-



Eine Sitzungsvorlage für den Mühlacker Gemeinderat ärgert Steinbruch-Betreiber Hans Ulmer.

FOTOS: PZ-ARCHIV

## Debatte um Enzberger Steinbruch

Ursache für die Debatte um eine mögliche **Erweiterung des bisherigen Abbaugebiets im Nordwesten Enzbergs um rund 15 Hektar** ist eine Vorgabe der Landesregierung, die eine sogenannte Rohstoffsicherung gesetzlich vorschreibt. Dahinter steckt die Notwendigkeit, auch in Zukunft genug Fläche vorrätig zu haben, um Gestein (beispielswei-

se zum Straßenbau) abbauen zu können. **In Enzberg gibt es den Steinbruch bereits seit rund 80 Jahren**, weitere geeignete Flächen sind vorhanden. Aus diesem Grund könnte sich der Regionalverband Nordschwarzwald, der im Namen der Landesregierung die Rohstoffsicherung vorantreibt, eine Erweiterung des Enzberger Steinbruchs vorstellen. max/pz

terung zugestimmt, betont Kooß. Deshalb sei der aktuelle Gemeinderatsbeschluss nur folgerichtig.

Die Mitglieder der BI könnten zwar verstehen, dass die Betreiberfirma NSN über die Entscheidung des Gemeinderats nicht begeistert ist, halten es jedoch für ein legitimes demokratisches

Recht, solche Themen im Gremium zu diskutieren – noch dazu, da mehr als 1000 Bürger mit ihren Unterschriften gegen eine erneute Steinbrucherweiterung protestiert haben (PZ berichtete).

„Wenn ein derartiges Thema angegangen wird, dann aber zumindest unter korrekten Voraus-



Heinz Mühleisen, Frank Ziegler, Tobias Oberauer, Dieter Kooß und Jens Buchert (von links) kämpfen gegen eine Erweiterung des Steinbruchs.

setzungen und einem richtig dargestellten Sachverhalt“, sagt hingegen Armin Haug, Prokurist bei NSN. Man werde nun versuchen, ins Gespräch mit der Stadt zu kommen, in dem die Verwaltung darlegt, wie es zu der strittigen Sitzungsvorlage gekommen ist. „Wir sind einer der besten Gewerbe-

steuerzahler der Stadt, da können wir es erwarten, korrekt behandelt zu werden“, sagt Haug.

Diesem Argument halten die BI-Mitglieder jedoch entgegen, dass nicht nur NSN Steuern zahle, sondern auch die zahlreichen Steinbruchgegner – was nicht minder zu gewichten sei.